

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Walter Hirche, Ulrike Flach, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/2778 –**

**zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
– Drucksache 14/2341 –**

Für eine effizienzorientierte Förderung der erneuerbaren Energien

A. Problem

Erarbeitung eines energiepolitischen Gesamtkonzepts, das auf der Grundlage eines wirtschaftlichen und ökologisch rationalen Energiemix dem Ziel der Förderung erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit verpflichtet ist.

Einführung effizienzorientierter Regelungen, die den Grundsätzen der Transparenz und der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Unternehmen Rechnung tragen. Zurücknahme des Gesetzentwurfs zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/2778.

Mehrheitsbeschluss im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2778 – abzulehnen.

Berlin, den 5. April 2000

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Dr. Hermann Scheer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Hermann Scheer

I.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/2778 – zu dem Gesetzentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz – Drucksache 14/2341 – wurde in der 91. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2000 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 15. März 2000 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU im Übrigen sowie Stimmenthaltung der Fraktion der PDS gefasst.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. April 2000 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

III.

Der Entschließungsantrag bezieht sich auf das Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Über den Entschließungsantrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Gesetzentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz zurückzunehmen. Stattdessen soll ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorgelegt werden, das auf der Grundlage eines wirtschaftlich und ökologisch rationalen Energiemix dem Ziel der Förderung erneuerbarer Energien vor dem Hintergrund von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit verpflichtet ist und das Vertrauen der Betroffenen auf rechtlich tragfähige und zuverlässige Rahmenbedingungen nicht gefährdet. Außerdem sollen effizienzorientierte Regelungen eingeführt werden, die den Grundsätzen der Transparenz und der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Unternehmen Rechnung tragen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 5. April 2000 beraten. Er hat mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage auf Drucksache 14/2778 zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. und einiger Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Berlin, den 5. April 2000

Dr. Hermann Scheer
Berichtersteller

